

Die Geschichte der Bilfinger Berger AG

Die Bilfinger Berger AG ist ein noch vergleichsweise junges Unternehmen. Sie entstand 1975 durch eine Fusion der Grün & Bilfinger AG mit der Julius Berger-Baubaog AG. Die Wurzeln der drei Vorläuferunternehmen reichen jedoch bis 1880 bzw. 1890 zurück.

Die Grün & Bilfinger AG lässt sich auf die Aktivitäten des Baumeisters August Bernatz aus Speyer zurückführen, der 1880 in Lothringen ein erstes größeres Projekt ausführte. 1883 ließ er sich in Mannheim nieder und gründete dort ein „Wasserbaugeschäft mit Dampfbaggerei“. Bernatz' Arbeitsgebiet war der Hafen- und Flußbau und die Wahl des Standorts Mannheim mit dem noch im Ausbau begriffenen größten süddeutschen Rheinhafen erfolgte nicht zufällig. Beim Bau zweier Drehbrücken im Mannheimer Hafen arbeitete Bernatz mit August Grün zusammen, einem erfahrenen Ingenieur und anerkannten Spezialisten für Brückengründungen. Grün trat im März 1886 als Kompagnon in die Firma ein und übernahm bald darauf ihre Leitung. Obwohl Bernatz und Grün erfolgreich zusammenarbeiteten, schied Bernatz 1892 auf Grund persönlicher Differenzen aus dem gemeinsamen Unternehmen aus. An seine Stelle trat Paul Bilfinger; er war der Sohn eines Brückenbauingenieurs, stammte wie Grün aus Württemberg und hatte ebenfalls das Stuttgarter Polytechnikum absolviert. Als dritter Partner kam 1898 noch Bilfingers jüngerer Bruder Bernhard Karl hinzu, auch er war Bauingenieur.

In den Anfangsjahren war die Firma Grün & Bilfinger hauptsächlich im Wasser- und im Brückenbau tätig. Eines der größten Projekte dieser Zeit war die Rheinbrücke in Worms, die zwischen 1897 und 1900 nach einem preisgekrönten Entwurf des Unternehmens errichtet wurde. Nach der Jahrhundertwende gewann neben den traditionellen Arbeitsgebieten auch der Bau von Eisenbahnstrecken an Bedeutung.

Mit dem Geschäftsvolumen stieg der Kapitalbedarf des Unternehmens. Daher wandelten die Teilhaber im Jahr 1906 ihre Firma mit Unterstützung der Dresdner Bank in eine Aktiengesellschaft um. Paul und Bernhard Karl Bilfinger agierten als Vorstände, August Grün übernahm den Vorsitz im Aufsichtsrat. Außer im südwestdeutschen Raum war das Unternehmen schwerpunktmäßig im Rheinland tätig. Man gründete daher 1908 eine Zweigniederlassung in Köln, weitere Standorte waren München und Berlin. Der erste Auslandsauftrag für die Grün & Bilfinger AG war der Bau der Donau-Eipeltalbahn in Ungarn. Die 65 km lange Gebirgsbahn wurde in den Jahren 1907 bis 1909 errichtet. Es folgten Aufträge für Landungsbrücken und Hafenanlagen in den deutschen Kolonien in Afrika.

In den zwanziger Jahren traten die Söhne von Paul und Bernhard Karl Bilfinger in das Unternehmen ein. Sie übernahmen dort bis in die sechziger Jahre Führungspositionen und waren von der gleichen schwäbisch-sparsamen und auf Solidität bedachten Ingenieurs-Mentalität geprägt wie die Firmengründer.

Julius Berger, der Gründer des zweiten Vorläuferunternehmens, verkörperte dagegen einen ganz anderen Unternehmertypus. Er war der Sohn eines jüdischen Fuhrmanns und besuchte lediglich die sechsklassige Stadtschule in Zempelburg/Westpreußen. Nach einer Lehre in einer Berliner Leder Großhandlung übernahm Berger das väterliche Fuhrgeschäft. Da seine Gespanne jedoch nur während der Getreideernte voll ausgelastet waren, bemühte er sich um zusätzliche Aufträge. Zunächst transportierte er Steine und Kies für Straßenbauten und übernahm dann 1890 seinen ersten Bauauftrag für eine 2,5 km lange Chaussee. Weitere Erfahrungen in diesem Metier sammelte Berger in den folgenden Jahren beim Bau einer

Eisenbahnlinie in seiner Heimat. Nach Abschluss der Arbeiten im Jahr 1895 verfügte er über ein Vermögen von rund 30.000 Mark. Mit diesem Startkapital übersiedelte er in die Provinzhauptstadt Bromberg und gründete dort ein Baugeschäft.

Zunächst war Berger hauptsächlich im Straßenbau tätig, später erhielt seine Firma auch zahlreiche Aufträge zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern. Im Jahr 1905 entschloss sich Berger, sein bisher als offene Handelsgesellschaft geführtes Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Nachdem der Ausbau des Eisenbahnnetzes im Osten weitgehend abgeschlossen war, verlagerte sich der Arbeitsschwerpunkt der Julius Berger Tiefbau AG in den Berliner Raum. Berger eröffnete daher 1908 ein Büro in Berlin und verlegte im März 1910 den Sitz der Gesellschaft in die Reichshauptstadt. Mit dem Bau des acht Kilometer langen Hauenstein-Basistunnels in der Schweiz in den Jahren 1912 bis 1916 gelang ihm auch der erfolgreiche Einstieg ins ausländische Baugeschäft.

Julius Berger war ein klassischer Selfmademan. Mit Fleiß und Unternehmungsgeist arbeitete er sich aus einfachen Verhältnissen zum angesehenen Geschäftsmann empor. Im „Dritten Reich“ teilte er das Schicksal der meisten jüdischen Unternehmer. Unter dem Druck der antisemitischen Propaganda trat er im Dezember 1933 als Vorstandsvorsitzender zurück, seine Position übernahm Ernst Martens, der das Unternehmen dann bis 1962 leitete. Bergers Kinder und Enkel wanderten im Jahr 1938 aus, er selbst konnte sich nicht dazu entschließen. Als Achtzigjähriger wurde er 1942 zusammen mit seiner Frau ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, wo die beiden betagten Menschen nicht lange überlebten.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich rund 80 Prozent der Betriebskapazitäten der Julius Berger Tiefbau AG in den drei Westzonen, der Rest in Berlin. Die Niederlassungen und Baustellen im Westen wurden zunächst von München und Bad Sachsa im Harz aus betreut. Im Herbst 1946 entschloss man sich, in Wiesbaden eine neue Hauptverwaltung aufzubauen, dorthin wurde im Juli 1948 auch der Sitz der Gesellschaft verlegt.

Das dritte Vorläuferunternehmen, die Berlinische Bodengesellschaft, wurde 1890 von Salomon Haberland und zwei weiteren Partnern gegründet. Als Terraingesellschaft übernahm sie eine wichtige Rolle in der Berliner Stadtentwicklung. Das Bauland für neue Stadtviertel lag meist auf der Gemarkung von Dörfern und befand sich im Besitz von Landwirten, die jedoch ebenso wenig wie die Gemeinden in der Lage waren, die Flächen zu erschließen. Diese Aufgabe übernahmen kapitalkräftige Terraingesellschaften. Sie kauften die einzelnen Grundstücke auf, planten die Anlage von Straßen und Plätzen und erstellten Bebauungspläne. Bauunternehmer erwarben die so entstandenen Parzellen und verkauften ihrerseits die fertigen Häuser an mittelständische Kapitalanleger.

Die Terraingesellschaften vergaben auch Hypothekarkredite, sie waren daher meist eng mit Bankhäusern verbunden. Im Fall der Berlinischen Bodengesellschaft war dies die Dresdner Bank. Sie erwarb 1893 knapp zwei Drittel des Aktienkapitals, der Rest blieb im Besitz der Familie Haberland. Gleichzeitig übernahm Eugen Gutmann, Mitbegründer und Vorstand der Dresdner Bank, den Vorsitz im Aufsichtsrat. Geschäftsführender Vorstand des Unternehmens war Georg Haberland, der als Stadtverordneter auch in der Berliner Lokalpolitik aktiv war.

Das erste Großprojekt der Berlinischen Bodengesellschaft war die Planung und Erschließung des Bayrischen Viertels in den Stadtteilen Schöneberg und Wilmersdorf. Die Gesellschaft übernahm die Kosten für die Anlage von Straßen und Plätzen, auf deren künstlerische Ausgestaltung man besonderen Wert legte. Zwischen 1898 und 1908 wurden 500 Bauplätze

mit einem Gesamtwert von rund 57 Millionen Mark verkauft. Bis 1914 erschloß das Unternehmen noch weitere Areale, darunter das Wagnerviertel in Friedenau, den Stadtteil Neutempelhof und das Quartier rund um den Rüdeshheimer Platz.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde der Wohnungsbau in Berlin eingestellt und das klassische Geschäft der Berlinischen Bodengesellschaft kam zum Erliegen. In dieser Situation kam es ihr zu statten, dass sie seit 1906 über eine Tochter, die Berlinische Baugesellschaft, verfügte, die einige Gebäude für den Eigenbedarf des Unternehmens errichtet hatte. Die Baugesellschaft übernahm nun Aufträge von Behörden und Industriebetrieben, unter anderem für Fabrikanlagen, Flugplätze und Luftschiffhallen.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in Berlin zahlreiche gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, in deren Auftrag die Berlinische Bodengesellschaft Siedlungen und Wohnblocks projektierte und schlüsselfertig errichtete. Gleichzeitig expandierte das Unternehmen, Tochtergesellschaften wurden in Hamburg, Essen, München, Chemnitz, Amsterdam und Teplitz gegründet.

Zu Beginn der dreißiger Jahre leitete Georg Haberland die Berlinische Bodengesellschaft zusammen mit seinem Sohn Kurt. Beide waren Juden, das Unternehmen galt daher nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten als „nichtarisch“ und war erheblichem politischem Druck ausgesetzt. Kurt Haberland schied im Mai 1933 zunächst aus der Geschäftsleitung aus. Als sein Vater jedoch am 17. November 1933 starb, wurde er erneut in den Vorstand berufen. In den Jahren 1937 und 1938 verstärkten die Nationalsozialisten den Druck auf Kurt Haberland. Er wurde zeitweise inhaftiert, als Vorstand entlassen und schließlich genötigt, seine Anteile an der Berlinischen Bodengesellschaft zu verkaufen. Sein restliches Vermögen wurde 1942 „arisiert“, er selbst kam im gleichen Jahr im Konzentrationslager Mauthausen ums Leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Firmensitz der Berlinischen Bodengesellschaft zunächst nach Hamburg und 1951 nach Düsseldorf verlegt. Da sie schon seit geraumer Zeit ein reines Bauunternehmen war, wurde ihr Name 1954 in „BAUBOAG, Bau- und Boden-Aktiengesellschaft“ geändert.

An allen drei Vorläuferunternehmen der Bilfinger Berger AG war die Dresdner Bank als Aktionärin maßgeblich beteiligt. Unter der Ägide von Jürgen Ponto reifte in den sechziger Jahren der Plan, ein großes und international konkurrenzfähiges Bauunternehmen zu schaffen. Der erste Schritt hierzu war die Fusion der Julius Berger AG mit der BAUBOAG im Jahr 1969. An diesem neuen Unternehmen erwarb dann 1970 die Grün & Bilfinger AG eine Mehrheitsbeteiligung. 1975 erfolgte schließlich die Fusion zur Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, die im Jahr 2001 im Zuge der strategischen Neuausrichtung ihren Namen in Bilfinger Berger AG änderte.

Dr. Martin Krauß, Archivleitung, Carl-Reiß-Platz 1-5, 68165 Mannheim
Erstveröffentlichung in Archiv und Wirtschaft, 35. Jg., 2002, H. 2, S. 53-63